

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 08.02.2023 im Ratssaal des
Friedrichsbau, Bühl, Friedrichstraße 2,

Sitzungsdauer: 18:00 Uhr bis 18:50 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Hubert Schnurr

Gremiumsmitglied

Stadträtin Barbara Becker ab 18:05 Uhr anwesend

Stadtrat Christian Böckeler

Stadtrat Bernd Broß

Stadträtin Dr. Margret Burget-Behm

Stadtrat Johannes van Daalen

Stadtrat Prof. Dr. Karl Ehinger

Stadtrat Franz Fallert

Stadtrat Georg Feuerer

Stadträtin Beate Gässler

Stadtrat Timo Gretz

Stadtrat Peter Hirn

Stadtrat Lutz Jäckel

Stadtrat Hans-Jürgen Jacobs

Stadtrat Ludwig Löschner

Stadtrat Ulrich Nagel ab 18:05 Uhr anwesend

Stadtrat Prof. Dr. Johannes Moosheimer

Stadtrat Georg Schultheiß

Stadtrat Walter Seifermann

Stadtrat Peter Teichmann

Stadtrat Thomas Wäldele

Stadträtin Dr. Claudia Wendenburg

Stadtrat Jörg Woytal

Stadtrat Norbert Zeller

Stadträtin Yvonne Zick

Ortsvorsteher

Ortsverwaltung Eisental Karin Feist

Verwaltung

Erster Beigeordneter Wolfgang Jokerst

Personal-Organisation-Digitalisierung, Daniel Bauer

Pressesprecher, Matthias Buschert

Finanzen-Beteiligungen-Liegenschaften, Thomas Bauer

Bürgerservice-Sicherheit-Recht, Reinhard Renner

Breitband und Energie, Markus Benkeser

Wirtschafts- und Strukturförderung/Baurecht, Corina Bergmaier

Gremien und Kommunales, Marc Vollmer

Zuhörer/innen

Zuhörer/innen

Pressevertreter

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

1

Entschuldigt fehlen:

Gremiumsmitglied

Stadtrat Daniel Fritz

Tagesordnung

1. Bürgerfragestunde
2. Bebauungsplan der Innenentwicklung „Unterer Zielenweg, 1. Änderung und Ergänzung“, in Bühl-Eisental nach § 13a BauGB;
Entwurfsbilligung und Offenlagebeschluss mit geändertem Geltungsbereich
3. Teileinziehung eines Abschnitts des Friedensweges auf Gemarkung Bühl
4. Sachstandsbericht Breitbandausbau in Bühl
5. Berichte und Anfragen

Oberbürgermeister Schnurr eröffnet die Sitzung und stellt das entschuldigte Mitglied sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderats fest.

TOP 1: Bürgerfragestunde

Von den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern werden keine Fragen an die Verwaltung gerichtet.

TOP 2: Bebauungsplan der Innenentwicklung „Unterer Zielenweg, 1. Änderung und Ergänzung“, in Bühl-Eisental nach § 13a BauGB; Entwurfsbilligung und Offenlagebeschluss mit geändertem Geltungsbereich

Oberbürgermeister Schnurr erklärt, dass an ihn der Wunsch herangetragen wurde, getrennt abzustimmen, zunächst über die Entwurfsbilligung und dann über den Offenlagebeschluss, dem wird Wunsch er so folgen.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger erklärt, dass der Bebauungsplan sechs neue Bauplätze und Umbaumöglichkeiten bei bestehenden Gebäuden in sehr attraktiver Lage ausweist. Die Bauplätze sind innerorts, so wird keine neue Fläche im Außenbereich benötigt. Außerdem ist eine großzügige Fläche für Hausgärten als Grünschneise vorgesehen und um das Krebsbächel wird ein zehn Meter breiter ökologisch wertvoller Lebensraum erhalten. Über all dies freut sich die FW-Fraktion, Fragen gab es in der Fraktion ob die Inselstraße im Bereich von WA 3, 4 und 5 auf 4,50 Meter verbreitert werden kann. Dies wäre einfach möglich, wenn die dazu nötige Fläche in städtischem Besitz wäre. Mit der Verbreiterung könnten verkehrliche Konflikte vermieden werden, aber andererseits könnten Erschließungskosten bei angrenzenden Grundstücken fällig werden. Außerdem gab es Diskussionen in der Fraktion, warum bei den Bauplätzen WA 2 und WA 3 eine maximale Firsthöhe vorgeschrieben wird. In Wohngebieten ist eine Grundflächenzahl von 0,4 zulässig und üblich. Trotzdem wird bei WA 1 und WA 3 nur eine Grundflächenzahl von 0,3 zugelassen. Wir müssen doch mit der Fläche sparsam umgehen, insbesondere bei Wohnraummangel. Näher zusammenrücken, ohne einander in den Schatten zu stellen, muss als Gebot gelten. Im Technischen Ausschuss gab es die Auskunft, dass eine größere Grundflächenzahl bei einem Gebäude wegen der Hanglage nicht möglich ist. Dann muss aber auch die Grundflächenzahl 0,3 nicht vorgeschrieben werden und man kann sie bei 0,4 belassen. Es wird zum wiederholten Mal das beschleunigte Verfahren genutzt, sodass keine Ausgleichsmaßnahmen durchgeführt werden müssen. Obwohl die Böden von höher Bedeutung sind und das Schutzgut Klima und Luft im Plangebiet von hoher lokal-klimatischer Bedeutung ist. Laut Bebauungsplan darf kein Gebäude nach Süden ausgerichtet werden, nur bei Flachdächern lässt sich dieser Nachteil ausgleichen und so lassen sich dann Solarmodule optimal ausrichten. Beim kürzlich stattgefundenen energiepolitischen Treffen von sechs Fraktionsvorsitzenden und weiteren Stadträtinnen und Stadträten aus Baden-Baden und Bühl gab es große Einigkeit, Sonnenlicht so gut wie möglich photovoltaisch zu nutzen. Hinzukommt bei Flachdächern, dass sie sich einfacher begrünen lassen und Dachbegrünung kann den kleinklimatischen Nachteilen durch Versiegelung entgegenwirken. Deshalb hat die Stadt jüngst ein Förderprogramm zur Dachbegrünung aufgelegt. Zwar erlaubt der Bebauungsplan ausnahmsweise ein Drittel der Dächer als Flachdach auszuführen, aber je stärker ein Dach strukturiert wird, umso teurer wird es. Außerdem kann es so Verschattungen geben, die den photovoltaischen Ertrag mindern. Es gibt in Eisental mehrere Häuser mit Flachdächern an sehr exponierten Orten, am Ortseingang beim Dreiländereck und in der Boschbühn direkt gegenüber dem Friedhof. Dass solche Flachdachgebäude attraktiv sind präsentierte Oberbürgermeister Schnurr beim Neujahrsempfang im Bürgerhaus Neuer Markt. Alle Häuser, die gezeigt wurden, hatten Flachdächer. Zudem baut die Stadt auf Beschluss des Gemeinderats immer wieder Gebäude mit Flachdach. Das Feuerwehrgerätehaus in Balzhofen ist das jüngste Beispiel. Auch für die Campus-Mensa ist ein Flachdach geplant.

Warum wird das, was sich die Stadt erlaubt, vermutlich mit guten Argumenten, nicht auch bauwilligen genehmigt. Damals, als es um die Realschule und die Mediathek ging, haben Frau Thévenot, Herr Eller und der damalige Bürgermeister Schnurr das Flachdach vehement verteidigt. Vielleicht lassen sich diese Argumente einmal wieder wiederholen. Generell gilt, unsere Bebauungspläne sind zu restriktiv, es werden keine neuen Wohnstrukturen ermöglicht, sondern Wohnkonzepte des letzten Jahrhunderts festgeschrieben. Wohnen mit geringem Flächenbedarf wie gemeinschaftliches Wohnen mit größerer Wohnfläche für mehr Bewohner oder Tiny Houses werden nicht erlaubt, mit der Begründung einer geordneten städtebaulichen Weiterentwicklung oder der Erhaltung des Dörflichen oder Quartiercharakters. Wir müssen den Bauwilligen mehr Freiheiten erlauben, sodass es auch zu einer wirklichen städtebaulichen Weiterentwicklung kommen kann und nicht wie in Eisental bestehende Strukturen immer wieder neu festgezurrert werden. Um mit der endlichen, uns zur Verfügung stehenden Fläche, sparsam umgehen zu können, müssen wir uns von veralteten, Wohnbauvorstellungen verabschieden. Dabei geht es nicht um Verbote, sondern es geht darum, neuere Strukturen zu erlauben. Abschließend erklärt er, dass er der Offenlage zustimmen wird, den textlichen Festsetzungen in wichtigen Passagen nicht.

Stadträtin Becker und Stadtrat Nagel nehmen an der Sitzung teil.

Oberbürgermeister Schnurr erklärt, dass es Sinn und Zweck der Offenlage ist, Anregungen vorzubringen. Letztendlich hat der Gemeinderat beim Satzungsbeschluss, darüber zu entscheiden.

Stadtrat Böckeler signalisiert die Zustimmung der FDP-Fraktion, er freut sich über die neuen Grundstücke die bebaut werden können. Auf Seine Nachfrage erläutert Oberbürgermeister Schnurr, dass die Erweiterung der Inselstraße eine Option ist. Hier legt man sich noch nicht fest und klärt dies mit den Eigentümern zu gegebener Zeit, ob das überhaupt so gewollt ist.

Stadtrat Hirn betont, dass bei Bauvorhaben in den Ortsteilen Wert darauf gelegt wird, dass die dörfliche Identität und Struktur erhalten bleibt. Dass Stadtrat Prof. Dr. Ehinger sich mit dem Thema Flachdach intensiv beschäftigt und überall Flachdächer möglich machen möchte um Photovoltaikanlagen zu installieren, ist bekannt. Jedoch muss es mit dem Thema auch einmal ein Ende haben.

Stadtrat Feuerer findet es gut, dass ein Bebauungsplan entwickelt worden ist. Die Lage ist nicht gerade ortsbildprägend, sodass er Stadtrat Prof. Dr. Ehinger recht geben kann. Jedoch möchte er nicht, dass der Bebauungsplan weiter verzögert wird. Er fragt, ob es möglich ist, dass man mit einfließen lässt, dass man eine freiere Gestaltung zulässt. Dann liegt es am Eigentümer selbst, was er draus macht. Es ist eine gute Lage und auch Wunsch der Ortschaft, dass der Bereich entwickelt wird, dies sollte Vorrang haben. Wenn die ökologischen Aspekte mit einbezogen und zugelassen werden, kann die CDU-Fraktion zustimmen.

Oberbürgermeister Schnurr bestätigt Stadtrat Feuerer, dass dies so zu sehen ist. Im Rahmen der Offenlage kann dies noch ergänzt werden. Er erklärt, dass der Protokollauszug mit den Äußerungen von Stadtrat Prof. Dr. Ehinger als entsprechende Anregung an die Träger ins Verfahren mit aufgenommen wird. Abschließend erläutert er zum Verfahren, dass der Ortschaftsrat den Bebauungsplan so gebilligt hat, wie er vorliegt, jetzt geht es in die Offenlage. Dann müssen sich der Ortschaftsrat und der Gemeinderat nochmal mit der Sachlage auseinandersetzen.

Stadtrat Seifermann signalisiert die Zustimmung der GAL-Fraktion zum Beschlussvorschlag. Auf seine entsprechende Nachfrage erklärt Oberbürgermeister Schnurr, dass die Grünfläche an der Spitze im oberen Bereich des Gebiets Bestandsfläche ist und so festgeschrieben ist. Stadtrat Seifermann erklärt weiter, dass Flachdächer Vor- und Nachteile haben. Entscheidend ist nicht ob Photovoltaikanlagen auf Flach- oder Satteldächern angelegt werden, ent-

scheidend ist, dass solche Anlagen überhaupt auf Dächern installiert werden. Hierzu muss der Gesetzgeber dafür sorgen, dass sich die Anlagen auch lohnen, auch auf Altbauten.

Stadtrat Prof. Dr. Ehinger betont nochmals, dass er Flachdächer nicht vorschreiben möchte, sondern nur erlauben. Er berichtet, dass die Ortsvorsteherin von Eisental in der Fraktionssitzung anwesend war und erklärt hat, dass der Ortschaftsrat in seiner Sitzung über die ökologischen Aspekte von Dächern nicht diskutiert hat. Des Weiteren ist es so, dass es gut ist, wenn auf allen Dächern Photovoltaikanlagen installiert werden. Es sind weitere Anstrengungen notwendig um dies zu fördern und die Anlagen optimal auszurichten, was auf Flachdächern am besten möglich ist.

Beschluss:

- a) Der Gemeinderat beschließt den geänderten Geltungsbereich gemäß Abgrenzungsplan vom 11. Januar 2023, billigt den Bebauungsplanentwurf mit textlichen Festsetzungen, Örtlichen Bauvorschriften und Begründung mit Fachbeitrag Artenschutz und Umweltbelange vom 11. Januar 2023

Abstimmungsergebnis: 22 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen

- b) Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, die Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen und die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB zu hören.

Abstimmungsergebnis: Einstimmiger Beschluss (25 Ja-Stimmen)

TOP 3: Teileinziehung eines Abschnitts des Friedensweges auf Gemarkung Bühl

Stadtrat Fallert findet es schade, dass Straßen aufgrund von Unfällen gesperrt werden müssen, in diesem Fall wird es auch nicht jedem gefallen. Die Umwege, die man in Kauf nehmen muss, sind jedoch vertretbar. Er hält es für richtig, dass Radfahrer weiterhin durchkommen, die Sperrung ist ihm wegen der Sicherheit wichtig. Er signalisiert die Zustimmung der FW-Fraktion.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Fallert erläutert Herr Renner, Bürgerservice – Sicherheit – Recht, dass die Sperrung so gestaltet wird, dass noch ein schmaler Streifen an der B 3 alt bleibt, an dem man anhalten kann.

Stadtrat Hirn räumt ein, dass die Sperrung einige Nachteile mit sich bringt, beispielsweise für die Landwirte. Jedoch überwiegt der Sicherheitsaspekt, da an dieser Kreuzung viel zu oft etwas passiert ist. Er signalisiert die Zustimmung der SPD-Fraktion.

Als Schnellschuss bezeichnet Stadtrat Löschner die geplante Sperrung der Kreuzung. Er findet es grundsätzlich gut, dass etwas gemacht wird, schlägt jedoch eine Insel als Überquerungshilfe vor. Eine bauliche Lösung würde die Sicherheit für Fußgänger und Radfahrer bedeutend erhöhen. Er wird dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Oberbürgermeister Schnurr erklärt, dass bauliche Maßnahmen untersucht wurden, jedoch können diese von Seiten der Stadt nicht durchgeführt werden, da es sich um eine Kreisstraße handelt.

Stadtrat Zeller erklärt, dass die FDP-Fraktion über die Sperrung froh ist und signalisiert die Zustimmung zum Beschlussvorschlag.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Einmündung des Friedensweges in die K 3764 für Fahrzeuge zu sperren und die erforderliche Teileinziehung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 23 Ja-Stimmen, keine Nein-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen

TOP 4: Sachstandsbericht Breitbandausbau in Bühl

Oberbürgermeister Schnurr erklärt, dass es heute Abend um einen Sachstandsbericht geht, der den Gemeinderäten schriftlich zur Verfügung gestellt wurde. Das zukünftige Vorgehen soll in einer der nächsten Sitzungen besprochen werden. Herr Benkeser, Finanzen – Beteiligungen – Liegenschaften, steht für Fragen aus der Mitte des Gemeinderats zur Verfügung.

Für Stadtrat Feuerer ist Breitband ein wichtiger Bestandteil der Infrastruktur. Er findet es schade, dass die Fördermöglichkeiten sich zwischenzeitlich problematisch darstellen.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Feuerer erläutert Herr Benkeser, dass der Vertrieb in Ottersweier aktiver ist und es deshalb dort mit der Kundengewinnung besser läuft. In Bühl wurden insgesamt 2.250 Personen angeschrieben, davon haben sich 1.678 für die Einrichtung eines Hausanschlusses entschieden. Hinzu kommt, dass während der Ausbauarbeiten Mitarbeiter der Telekom von Haus zu Haus gezogen sind und bestehende Verträge verlängert haben. Mittlerweile ist festzustellen, dass nach und nach Kunden zu Baden.Net wechseln.

Stadtrat Schultheiß begrüßt im Namen der FW-Fraktion den Breitbandausbau als gute Basis für die Zukunft. Er hebt ein Kritikpunkt aus der Vorlage hervor, der das umständliche Zuschussverfahren des Bundes aufgreift und äußert seine Hoffnung, dass dies in Zukunft einfacher wird. Der Aufwand um an Bundeszuschüsse zu kommen ist riesig. Er berichtet von einem Portal der hessischen und rheinland-pfälzischen Landesregierung, über welches die Kommunen dieser Länder ihre Zuschussanträge an den Bund abwickeln können. Im Sommer 2023 soll das Portal für ganz Deutschland zur Verfügung stehen. Außerdem erwähnt er Anstrengungen der EU, die alten Kupfernetze in der Nutzung zu benachteiligen. Das Ziel 2030 flächendeckend in Deutschland Gigabit bereitzustellen ist nur unter bestimmten Rahmenbedingungen möglich. Er äußert seine Hoffnung, dass das Thema in Bühl vorangetrieben wird, da Breitband ein Standortvorteil ist. Der Weg geht hin zur Cloud, Daten werden immer mehr in Rechenzentren und nicht auf eigenen Rechnern gespeichert.

Die Ausführungen zu den Werbeoffensiven der Telekom bestätigt Stadtrat Prof. Dr. Ehinger. Eine solche Werbeoffensive inklusive Beratung hält auch von Baden.Net aus für notwendig.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Prof. Dr. Ehinger erläutert Herr Benkeser, dass Baden.Net bei einem Vertragswechsel die Restlaufzeit der Konkurrenz übernimmt und man gleich umsteigen kann. Dies gilt für das Internet, bei Telefon und Fernsehen ist das nicht möglich.

Stadtrat Jäckel erinnert daran, dass diesbezügliche Werbeaktionen von Kommunen von Beginn an als fraglich angesehen wurden. Für die Zukunft regt er an die Akquise zu erhöhen und bereits im Vorfeld des Breitbandausbaus gezielt auf die Anwohner zuzugehen.

Stadtrat Fallert berichtet, dass in Neusatz beim Netzausbau in der Ortsverwaltung Baden.Net für Gesprächstermine zur Verfügung stand.

Entsprechend der Nachfrage von Stadtrat Fallert erläutert Herr Benkeser, dass die weißen Bereiche auf der Karte Gebiete darstellen, die komplett unterversorgt sind. Die grauen Bereiche haben eine Versorgung von 100 - 150 Megabit, was eigentlich auch nicht mehr ausreichend ist. Die Förderbedingungen haben sich geändert, die Förderanträge müssen über den Bund gestellt werden. Die Antragsstellung über den Bund stellt sich als schwierig dar, der Verwaltungsaufwand ist extrem hoch. Die Fördermenge wächst, allerdings werden Einnahmen davon wieder abgezogen. Abschließend erläutert er, dass im Zuge der Erstellung von Neubaugebieten und anstehenden Tiefbaumaßnahmen Breitbandkabel mitverlegt werden.

Stadtrat Nagel hält es für generell wichtig in allen Neubaugebieten Breitband zur Verfügung zu stellen. Auf seine entsprechende Nachfrage erklärt Herr Benkeser, dass der Breitbandausbau in Balzhofen im Juli abgeschlossen wird. In Moos wird man im September betriebsfertig sein.

Stadtrat Seifermann hält den Infrastrukturausbau für notwendig und wichtig. Die Diskrepanz zwischen den möglichen und tatsächlich genutzten Anschlüssen ist zu hoch und muss verringert werden. Er fordert eine Werbe- und Verkaufsoffensive.

Auf entsprechende Nachfrage von Stadtrat Schultheiß erläutert Herr Benkeser, dass die Konzession für alle privaten Anbieter offen ist, gegen ein entsprechendes Entgelt. Bisher gab es allerdings noch keine Anfrage eines großen Telekommunikationsanbieters.

Stadtrat Prof. Dr. Moosheimer berichtet, dass in Vergleichsportalen Baden.Net nicht auftaucht. Auf seine entsprechende Nachfrage erläutert Herr Benkeser die Kosten, die im Rahmen einer Förderung förderfähig sind. Eine konkrete Anfrage zur Verlegung von Glasfaser durch andere Telekommunikationsunternehmen hat es bisher nicht gegeben. Die Schwerpunkte liegen hier innerhalb des Landkreises in Rastatt. Eine Anfrage für einen Verkauf des Netzes hat es bereits gegeben, was man durchaus als Bestätigung der geleisteten Arbeit sehen kann.

Beschluss:

Der Sachstandsbericht wird zur Kenntnis genommen.

TOP 5: Berichte und Anfragen

Bekanntgaben des Oberbürgermeisters

Prüfung von Kurzarbeit seitens der Bundesagentur für Arbeit und Entlastung des Personalhaushaltes

Mit der Einführung des TV Covid wurde auf kommunaler Ebene die Möglichkeit geschaffen, Kurzarbeit in den Bereichen einzuführen, die einen Corona bedingten Arbeitsausfall zu verzeichnen hatten. Auf dieser Grundlage hat die Stadtverwaltung Bühl ab 1. November 2020 in verschiedenen Einrichtungen Kurzarbeit eingeführt. Die finale Prüfung der Bundesagentur für Arbeit Ende Januar 2023 hat ergeben, dass keine Beanstandungen festgestellt wurden. Für die Stadtverwaltung Bühl konnten durch die Abrechnung von Kurzarbeit somit Erstattungen in Höhe von 271.000 Euro geltend gemacht werden. Zusätzlich erhielten wir rund 59.000 Euro durch Quarantäneerstattungen seitens des Landes. In Summe wurde der städtische Haushalt während der Corona-Pandemie um rund 330.000 Euro entlastet.

In der aktuellen finanziellen Situation in der wir uns als Stadt befinden, ist dies sicherlich sehr positiv, wenn man bedenkt, dass es auch Städte gibt, die die Möglichkeit der Kurzarbeit nicht ausgeschöpft haben. Insbesondere die Fachbereiche Personal – Organisation – Digitalisie-

rung und Bildung – Kultur – Generationen sowie Stadtentwicklung – Bauen – Immobilien, haben sich hier stark engagiert, dass wir dies möglich machen konnten.

Förderprogramm Solar

Der Gemeinderat hat am 16. November 2022 das Förderprogramm Solar mit einem Volumen von 80.000 Euro beschlossen und gleichzeitig festgelegt, dass 25 % des Betrages, das sind 20.000 Euro, für Balkonmodule reserviert werden. Sollte dieser Betrag bis Ende 2023 nicht ausgenutzt werden, können die Mittel wieder für die übrige Solarförderung verwendet werden.

Das vom Referat Klima und Umwelt am 9. Januar 2023 im „Windhundverfahren“ ausgeschriebene Förderprogramm Solar mit dem Fördergegenstand Photovoltaikanlagen mit einem Volumen von 60.000 Euro war bereits kurz nach Ausschreibung überzeichnet. Die Möglichkeit zur Antragstellung wurde deshalb vorzeitig am 9. Januar 2023 beendet. Zu diesem Zeitpunkt lagen Anträge für eine Förderung von insgesamt ca. 140.000 Euro vor, damit war der Förderbetrag um ca. 80.000 Euro überschritten.

Im Budget Klima und Umwelt sind aus dem Jahr 2022 im konsumtiven Bereich noch Restmittel von knapp über 81.000 Euro vorhanden.

Der zur Deckung des Fördergegenstandes Photovoltaikanlagen benötigte zusätzliche Betrag von 80.000 Euro wird deshalb vom Jahr 2022 in das Jahr 2023 übertragen.

Insgesamt gingen für diese Modul 138 Anträge ein, davon können mit der Mittelübertragung 109 Anträge (79 %) bedient werden. Alle übrigen Antragsteller, die zum jetzigen Zeitpunkt wegen der Überzeichnung nicht berücksichtigt werden konnten, wurden auf eine Warteliste gesetzt und können evtl. im laufenden Jahr noch aus Restmittel des Budgets bezuschusst werden.

Novo Mesto – Bericht von der Bürgermeisterkonferenz

An der Konferenz haben außer Kalarasch und Mattsee aller Partnerkommunen teilgenommen. Vereinbart wurde unter anderem, dass die Jugendfreizeit "Youto" wieder Stadtfindet, dieses Jahr in Cantù in Norditalien. Beibehalten werden außerdem zahlreiche bilaterale Aktivitäten, Begegnungen und Feste. Lobend erwähnt wurden auch die Schüleraustausche, beispielsweise zwischen der Carl-Netter-Realschule und dem Schulzentrum in Novo Mesto. Das nächste Bürgermeistertreffen ist in zwei Jahren in Schkeuditz.

Überquerung der Güterstraße

Stadträtin Dr. Burget-Behm spricht die Überquerung der Güterstraße zwischen Octomedia und Kaufland an. Die Überquerung stellt besonders für Menschen, die nicht sehr schnell Straßen überqueren können, ein großes Problem dar. Dieser Umstand wurde bereits angesprochen. Sie bittet darum, nochmal zu prüfen, ob hier eine Überquerungsmöglichkeit geschaffen werden kann.

Oberbürgermeister Schnurr bestätigt den Eindruck von Stadträtin Dr. Burget-Behm. Er sagt zu, eine Überquerungsmöglichkeit an dieser Stelle noch einmal zu prüfen.

Stadtrat Nagel unterstützt das Anliegen von Stadträtin Dr. Burget-Behm und bittet ebenfalls darum, sich dem Thema nochmals anzunehmen und den Bürgern einen sicheren Übergang

zu ermöglichen, beispielsweise durch Tempo 20 oder einer Insel als Querungshilfe.

Photovoltaikanlagen am Kreisschulzentrum

Auf entsprechende Nachfrage von Stadträtin Dr. Burget-Behm erläutert Oberbürgermeister Schnurr, dass der Landkreis hinsichtlich der geplanten Photovoltaikanlage auf den Dächern der Gewerbeschule und der Rheintalschule bestrebt ist, das Projekt mit den Stadtwerken umzusetzen. Es fanden bereits Gespräche mit Landrat Prof. Dr. Dusch statt. Er erinnert auch an das geplante kleine Gewerbegebiet Bühl-West, welches entwickelt werden soll. Der überschüssige Strom könnte den Firmen dort zur Verfügung gestellt werden.

Förderpreis Junges Handwerk

Stadtrat Jäckel dankt im Namen der FDP-Fraktion für die gelungene Veranstaltung, bei der die Förderpreise verliehen wurden. Der Abend hat über die Grenzen der Stadt Bühl Anerkennung gefunden und es gab nicht nur aus dem Bereich der Handwerkerschaft gute Rückmeldungen.

Oberbürgermeister Schnurr berichtet in diesem Zusammenhang von einem Dankeschreiben der Handwerkskammer.

Stadtgartenbrunnen

Stadtrat Löschner bezieht sich in seiner Anfrage auf einen Pressebericht über Zuschussmöglichkeiten für die Instandsetzung des Stadtgartenbrunnens und dessen Umfeld durch den Bund.

Zur Beglaubigung:

Der Oberbürgermeister:

Die Stadträte/innen:

Hubert Schnurr

Der Schriftführer:

Marc Vollmer